

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Nachrichten für Stadt und Land. 1866-1938 59 (1925)

66 (8.3.1925)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-686252](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-686252)

Die „Nachrichten“ erscheinen
auch an den Sonntagen.
Man bestelle bei allen Ver-
kaufsstellen, in Oldenburg in der
Verkaufsstelle Nr. 28.
Bezugspreis: ein Jahr 10
Mark für den Monat März
2,25 Goldmark.

Verantwortlicher Redakteur:
Carl Lehmann Nr. 1-10.
Verkaufsstelle Nr. 46 und 17.

Nachrichten für Stadt und Land.

Zeitschrift für oldenburgische Gemeinde- und Landes-Interessen.

Einzelpreis 10 Pf.

Anzeigen aus Oldenburg
sollen die Seite 20 & aus-
wärts 20 & 21. Familienange-
legen 15 & 22. Erbschaften 15 & 23.
Nachlassangelegen 1 Goldmark.

Kontanto: Oldenburg Spar- und
Leihbank — Postfachkonto:
Hannover 22 361.

Nr. 63

Oldenburg, Sonntag, den 8. März 1925.

59. Jahrgang

Nationale Wasserstraßenpolitik.

Von
Professor Dr. Ammer.

(Nachdruck im Auszug nicht gestattet.)

Nationale Wasserstraßenpolitik treiben heißt, unser Wasserverkehrsnetz so ausgestalten, daß das Volk in seiner Gesamtheit den größten Nutzen aus dem Verkehrsnetz zu ziehen vermag. Dies wird erreicht, indem das Verkehrsnetz so dicht wie möglich gestaltet wird, damit jeder daran teilnehmen kann.

Wir stehen heute noch am Anfang dieser Entwick-
lung, und damit genau an demselben Punkt, wie vor
hundert Jahren die Eisenbahn, als ihr Weg eben in
ihren Anfängen steht. Genau wie damals bekämpften
sich Konstruktivisten, und die Konstruktivisten werden
erst verstanden mit der Berücksichtigung des Verkehrs-
netzes. Gegenüber der Entwicklung im Eisenbahnwesen
werden die Kämpfe im Wasserstraßenwesen deshalb här-
ter sein, weil die Kapitalaufwendungen für den Eisen-
bahnbau im allgemeinen geringere sind, als für Wasser-
straßen, während umgekehrt der Frachtabtrieb für Eisen-
bahnen billiger zu stehen kommt, als der für Wasser-
straßen. Die Arbeitsteilung wird also in weiterer
Zukunft sich so gestalten müssen, daß das Wasser-
straßen mehr den Wasserweg, das Spezialgut und Fertigfabri-
kate den teureren Eisenbahnen zu nehmen sucht.

Die Entwicklung des Wasserstraßennetzes wird we-
gen des aufzunehmenden Kapitals daher weniger schnell
als des Eisenbahnnetzes von statten gehen, und die
deutsche Wasserstraßenpolitik wird aus den bestehenden geringen
Anlagen eine Entwicklung zu gewinnen, die das er-
strebte Ziel wenigstens möglichst bald zu erreichen in
der Lage ist.

In unserer Nordwestecke sind bereits so viele Was-
serstraßenprojekte aufgetaucht, daß es schwer scheint,
aus der Fülle das nachstehende herauszufallen. Allen
liegt der Gedanke zugrunde, Rheinland-Wassern mit
den Nordseehäfen zu verbinden. Der Gedanke ist so
uralte, daß in großen Zügen das Projekt bereits von
Napoleon vorgezeichnet wurde. Mit der oben berührten
Aufgabe, daß Kanalbauten ein verhältnismäßig hohes
Anlagekapital beanspruchen, hängt es zusammen, daß
alle Kanäle nur in Etappen durchgeführt werden und
der allgemeine Gedanke sich nur schrittweise dem Ziele
nähert. Es ist daher auch prinzipiell ein falscher Stand-
punkt, wie er in der letzten Zeit insbesondere stark von
Emden vertreten wird, wenn es so dargestellt wird, als
ob der Dortmund-Ems-Kanal lediglich den Zweck
Emdens zu dienen habe. Auch dieser Kanal ist lediglich
ein Teilstück des allgemeinen, noch zu schaffenden Was-
serstraßennetzes, und seine Fortsetzung wurde bei sei-
ner Fertigstellung 1889 lediglich deshalb unterbrochen,
weil andere Aufgaben sich dringender vorordneten. Auch
der Mittelkanal bleibt so lange ein Torso, als er
nicht in das holländische Kanalsystem einmünden
kann.

Heute aber wird die Aufgabe vordringlich, endlich
die fehlende Verbindung des Rheinlandes zunächst ein-
mal mit der Weser herzustellen, und andererseits, das
Hinterland der Weser nach jeder Richtung hin zu erwei-
tern. Die letztere Aufgabe wird erst durch eine Re-
gularisierung der Oberweser, die nach schärfstem Um-
riss überhaupt erst die Grundlage für weitere Kanal-
bauten im eigentlichen Wesergebiet darbietet. Wird
dieser Kanal fertiggestellt sein wird, werden noch
Jahre und Jahrzehnte hingehen. Es wäre aber töricht,
wenn sich zu gleicher Zeit eine so einfache Verbindung
zwischen Ems und Weser wie der Rüstenkanal darbietet.
Dieser Kanal erfordert derartig geringe Ausbaurkosten
— sie sind noch nicht ein Bruchteil der Kosten für die
Unterwerfung und Hafenerweiterungsanlagen in
Venedig — daß sie sich längst verzinst und amorti-
siert haben werden, ehe ein neues Kanalsystem not-
wendig wird. Vom Standpunkt einer nationalen Volkswirtschaft wäre es daher vorzuziehen, wenn sein Bau
nur deshalb nicht durchgeführt würde, wenn sich in
späteren Jahrzehnten vielleicht einmal die Möglichkeit
einer anderen Wasserstraße ergeben wird. Sollte
sich in diesem Zeitpunkt der Rüstenkanal wirklich den
Ansprüchen künftiger Wirtschaftsmöglichkeiten nicht
gewachsen zeigen, so würde vom nationalen Standpunkt
nichts im Wege stehen, im Gegenteil es erwünscht zu
sein, wenn weitere Wasserstraßen an seine Stelle
treten und sich mit ihm in die nationale Wirtschafts-
aufgaben teilen.

An demselben Verhältnis, wie bereits der Rüsten-
kanal zu künftigen weiteren Wasserstraßen stehen wird,
steht heute der Dortmund-Ems-Kanal zum Rüstenkanal.
Daher, daß der Dortmund-Ems-Kanal heute noch
Torso geblieben ist, hat Emden die alleinige An-
sprüche dieses Kanals. Es ist verständlich, wenn Em-
den diese Tatsache in den letzten 25 Jahren gründlich
für sich auszunutzen verstanden hat. Es ist aber nicht
verständlich, wenn Herr Dr. Pabbe, Emden, in seinem

Ein deutsches Memorandum.

Heußerungen Dr. Stresemanns.

Ueber die deutschen Vorschläge.

dt. Berlin, 7. März.

(Zusammenfassung unserer Berliner Vertreter.)

In den politischen Kreisen in eine lebhafteste Beunruhi-
gung entzündet, weil die Regierung sich über den Inhalt der
deutschen Anregungen in der Sicherheitsfrage in strenges
Stillschweigen gehüllt hatte und auch die Redaktionen der eng-
lischen Presse noch vor wenigen Tagen mit Demüßigung an-
tworteten, die dann in der Rede des englischen Außenmini-
sters Chamberlain vor dem Unterhaus widerlegt wurden.
Es besteht ebenfalls kein Zweifel darüber, daß die amtlichen
Zirkeln mit Absicht eine öffentliche Behandlung des diplo-
matischen Schrittes verhindern wollten, die im Laufe der
letzten drei Wochen in London, Paris und Brüssel vorgenom-
men worden sind. Die widerholten Verweigerungen der maß-
gebenden politischen Kreise beim Reichsaussenminister Dr.
Stresemann haben nunmehr die Reichsregierung veranlaßt,
den Vertretern der Presse gegenüber eine offizielle Erklärung
über den Stand der Dinge zu geben. Nachdem offensichtlich
die Regierungen in London und Paris die vereinbarte Ver-
ständlichkeit des deutschen Schrittes nicht länger wahren konn-
ten, glaubt man in Berliner Regierungskreisen, namentlich auch
deutschseits das Stillschweigen brechen zu können. Die
deutsche Regierung hat über die Sicherheitsfrage ein
schlüssiges Memorandum ausgearbeitet, welches
den alliierten Regierungen überreicht worden ist. Dieses
Memorandum enthält eine ausführliche Stellungnahme zu
dem Angebot der Grenzgarantie im Westen, daß es nicht
verwundlich sei, wenn der englische Außenminister Cham-
berlain von deutschen „Vorschlägen“ gesprochen hat. Näm-
lich ist es nicht zu verstehen, daß auf der Grundlage der
deutschen Anregungen die Auseinandersetzungen in der
Sicherheitsfrage in aller Öffentlichkeit ausgefochten werden.
Die deutsche Regierung ist der Ansicht, daß es besser gewesen
wäre, wenn man es der Diplomatie überlassen hätte, durch
direkte Unterhandlungen erst eine fertige Verhandlungs-
grundlage zu schaffen. Dadurch, daß jetzt in aller Öffentlich-
keit über diese Fragen diskutiert werde, sei eine neue Lage
eingetreten, die für Deutschland nicht gerade sehr vorteilhaft
sei. Auf der anderen Seite besteht jedoch kein Grund, deut-
scheits den öffentlichen Anregungen aus dem Wege zu
gehen.

Ueber die Vorgesichte des deutschen diplomatischen
Schrittes wird folgendes mitgeteilt: Nach dem Zwecke der
Regierung war es die Frage der Wahrung der Rhein-
landzone wieder nach in den Vordergrund. Die deutsche
Regierung leitete demnach eine lebhafteste Aktivität der Außen-
politik ein, um zu einer Vereinigung der kritischen Fragen
zu gelangen. Aus diesem Grunde wurde schon damals eine
Initiative des Reichsaussenministers in der Sicherheitsfrage in
Erwägung gezogen. Denn es stellte sich vor allem die Not-
wendigkeit heraus, alleinige Diskussion der Wäre über Re-
gularisierung der Rheinlandzone und Völkerbundkontrolle
bei den alliierten Regierungen zu verhüten. Das Reichs-
kabinett hat daher die Lösung dieser Fragen in die Hand
genommen und sich mit den Regierungen in London und
Paris in Verbindung gesetzt, die aber lediglich unverbindlich
find und auf provisorischen Charakter beruhen. Außen-

minister Dr. Stresemann hat bei diesen Verhandlungen, die
schon monatelang andauern, die Führung der deutschen
Initiative in der Hand. Der Minister äußerte sich gegen-
über unserem Mitarbeiter, daß er bereit sei, die politische
Verantwortung für das Vorgehen der Reichsregierung auf
sich zu nehmen, und daß er keinen Grund habe, aus irgend-
welchen innerpolitischen Gründen über die Angelegenheit zu
schweigen. Man sieht schon jetzt, daß auch in der deutschen
Öffentlichkeit sehr lebhafteste Erörterungen über diese Fragen
eingeleitet haben. Augenblicklich hat es den Anschein, als ob
in den rechtsstehenden Kreisen große Verwirrung darüber
herrschte, daß die deutsche Außenpolitik in der Sicherheits-
frage noch irgendeiner Richtung hin festgelegt werden wird.

Die erste Unterredung mit Herriot.

Ein umfangreiches Exemplar des
Friedensvertrages unterm Arm.

Paris, 7. März.

Der gestrige Empfang in der britischen Botschaft jog sich
von 8 Uhr abends bis nahezu 11 Uhr hin. Viel beachtet
wurde, daß Herriot, als er nach dem Quai d'Orléans zu-
rückkehrte, ein umfangreiches Exemplar des
Friedensvertrages von Herriot unter
dem Arm trug. Nach den heute vorliegenden und offen-
bar verbürgten Presseinformationen lehnt die französische Re-
gierung die deutschen Sicherungsvorschläge nicht rundweg ab.
Herriot machte Gegenanträge, über deren Inhalt aber noch
nichts bestimmtes verlautet. Die Morgenblätter befähigen
weiter, daß der französische Ministerpräsident die Ausdeh-
nung der deutschen Garantien auf die polnische
Grenze nach wie vor für unannehmbar erachtet. Die hier
erscheinenden amerikanischen Morgenblätter, insbesondere der
„New York Herald“, glauben zu wissen, daß Chamberlain
dem französischen Ministerpräsidenten gestern formelle Ver-
schlüsse zur Unterzeichnung eines westeuropäischen Garantie-
pakt unter Einschluss Deutschlands unterbreitet und dabei
betont habe, daß Großbritannien für die Sicherung
der polnischen Grenze nicht aufkommen
könne. Weiter habe er angedeutet, Anfang April eine Kon-
ferenz zur wirksamen Behandlung des Problems einzu-
berufen.

Zu der gestrigen Unterredung zwischen Stresemann
und Herriot erzählt der „L'Espresso“, daß der französische
Ministerpräsident zu verstehen gegeben habe, daß Frankreich
jeden Fall absehe, der die Bestimmungen des Versailler
Vertrages in Frage stellen würde. Die Blätter melden, daß
der polnische Außenminister Chamberlain ersucht habe, ihn
am Sonntag in Genf zu empfangen.

Mac Donald gegen einen Garantiepakt.

London, 7. März.

„Daily Herald“ bringt einen Artikel Ramsay Mac Do-
nalds, in dem er sich gegen den Garantiepakt mit Frankreich
äußert. Die Arbeiter würden sich mit allen Kräften
einem Garantiepakt widersetzen, denn dieser würde nur zu
Kriegsführung führen. Würde der Pakt unterzeichnet, so bliebe
uns nichts anderes übrig, als unsere Rüstungen in verstärk-
tem Maße zu betreiben.

Auffatz in der „Weserzeitung“ vom 20. Februar die
Erfordernisse nationaler Wirtschaftspolitik dahin um-
zubiegen vermag, daß sie auf eine besondere Förderung
Emdens hinauslaufen sollen. Was Emden sich geschaf-
fen hat, soll ihm unbenommen sein. Das ungeführte
Gefühl: „Emden soll der deutsche Einfuhr- und Aus-
fuhrhafen für Massengüter sein“, soll nicht angefoch-
ten sein, so lange die bestehenden wirtschaftlichen Ge-
setze sich nicht ändern. An der tatsächlichen Lage Em-
dens gegenüber dem Industriegebiet ändert sich nichts,
auch wenn der Rüstenkanal besteht. Da die Massengüter
immer den kürzeren als den besten Binnenweg nach der
Küste wählt, wird der Massengüterverkehr immer noch lie-
ber die kürzere Strecke Dortmund-Emden mit 275 km.
als die längere Strecke Dortmund-Nordsee mit 327 km.
bevorzugen. Ferner muß ins Gedächtnis zurückgerufen
werden, daß auf der Strecke Dortmund-Emden, so weit offen-
den Rüstenkanal besteht, keine Zusatzgaben gerechnet
werden, während auf dem Kanal Dithmarschen-Emden 70
km. verrechnet werden müssen. Der Vorzug arif des
Dortmund-Emdenskanals gilt allein für Emden, aber nicht
für Frachten, die über den Dortmund-Emdenskanal auf
den Rüstenkanal übergehen. Auf diesem Kanal wird
der Tarif des Mittelkanals in Anwendung ge-
bracht werden müssen, der zehnmal so hoch ist, wie
der Tarif für Emden. Da für Emden zugrundeliegender
maßen die Berg- und Talstraßen sich ausgleichen, so
dürfte es schwer halten, durch andere Wasserverbindun-
gen hier Emden irgendwelchen Abbruch zuzufügen.
Da sich Emden dieser einzigartigen glücklichen Lage
freut, hat Emden es auch in der Hand, die Tarif-
gestaltung so zu gestalten, daß es selbst immer im Vor-
teil bleibt.

Ferner muß wiederholt daran erinnert werden,
daß bisher der Dortmund-Emdenskanal durch den Ver-
kehr Emdens allein nicht rentabel war. Es besteht
aber ein allgemein volkswirtschaftliches Interesse da-
an, daß die Verkehrsunternehmen sich ohne Reichs-
zuschüsse rentabel gestalten. Der Zubringer Em-
den-Dithmarschen wird über den Rüstenkanal das auszuge-
hen in der Lage sein, was der Zubringer Emden-
Dithmarschen allein nicht leistet. Endlich ist vom nationalen
volkswirtschaftlichen Standpunkt auch noch zu bemer-
ken, daß die Städte Dithmarschen-Rüstringen ein er-
hebliches Interesse daran haben, in der heutigen, für
sie so ausnehmend schwierigen Lage, wie auch aus
deutscher Reichskriegsblasse die denkbar einfachste Ver-
bindung mit dem Hinterland zu bekommen. Das er-
reichen sie aber nicht durch den Ems-Dele-Kanal, der
eine Lieferleitung der Sohle wegen Grundwasserföhr-
igkeiten nicht verträglich, sondern allein durch einen Zu-
bringer nach Oldenburg, der es in gleicher Weise ge-
staltet, eine möglichst kurze Verbindung sowohl nach
dem Rheinland, als auch nach der Oberweser zu ge-
währen. Wie wenig an einen Abbruch des Emden Kan-
dels bei der Aufstellung der Rentabilität des Rüsten-
kanals gedacht worden ist, zeigt die Tatsache, daß für
seine Rentabilität nur der lokale Bedarf an Kohle, also
der Eigenbedarf des Landes und der Unterweser, in
Rechnung gesetzt worden ist.

Es handelt sich bei der Schaffung des Rüstenkanals
nicht, wie es Herr Dr. Pabbe auszudrücken beliebt,
um die Herstellung eines „beliebigen“ neuen Verkehrs-

Hierzu 5 Beilagen.

wegen. Denn gerade bei der Vertretung dieses Projektes geht es um eminent wichtige nationale Belange. Ich streife nur die Nebenaufgaben des Kanalprojektes — und jeder Verkehrsmittel hat imponderable Aufgaben, die sich in keiner Rentabilitätsberechnung aufstellen lassen — nämlich die Erlebung und Kultivierung eines trostlos vernachlässigten Gebietes, und erwähne, daß unter den heutigen Verhältnissen der Küstenkanal die einzige Verbindung zwischen Industriegebiet und Meer ist, die mit beschleunigten Mitteln wirklich durchgeführt werden kann.

Es ist richtig, wie in dem Bericht des Kanalvereins über seine Mitgliederversammlung dargelegt wird, daß Herr Ministerialdirektor Ottmann am 25. November in Offen die Vorschläge des Kanalprojektes in die Formel der kürzesten Linie und der Verhältnismäßigkeit zusammengefaßt hat, es ist aber in jener Bremer Tagung vergessenen worden, zu erwähnen, daß er zu gleicher Zeit auch die Bedenken nicht vorbringen hat, daß an die baldige Fertigstellung dieses Planes schwerlich gedacht werden kann. Neben finanziellen Schwierigkeiten — der Kanal wird etwa 300 Millionen Mark kosten — verhindern dies technische Mängel der bestehenden Stütze, die noch nicht behoben sind. Dem

gegenüber stehen die Ausbaufkosten des Küstenkanals mit etwa 30 Millionen Mark und seine ideale Führung ohne jegliche Geländeschwierigkeit.

Auch Herr Ottmann erwähnt, daß Emden durchaus nicht den Schaden durch den Kanal erfahren wird, den es in einseitiger Betonung seiner Lokalinteressen befürchten zu müssen glaubt. Und das ist auch richtig. Denn wenn man als die wichtigste Aufgabe einer nationalen Wasserstraßenpolitik die ansieht, daß unter Land von möglichst vielen Kanälen durchzogen wird, so darf sich der einzelne gegen eine solche Politik nicht wenden, und Emden wird sich noch am leichtesten — wie Ottmann sagt — mit dem Küstenkanal abfinden können, der ihm zweifellos mehr Vorteile als Nachteile bringen wird. Denn die anderen Projekte, die die direkte Verbindung nach Hamburg und Bremen erstreben, untergraben viel mehr das Interesse Emdens, als der Küstenkanal, weil durch sie andere große Häfen viel näher an den industriellen Kern Deutschlands heranrücken, als Emden. Für Emden ist die Sachlage also so, daß es sich beglückwünschen kann, daß ausgerechnet dieses Projekt der Verwirklichung zugeführt werden kann, das ihm größeren Schaden zufügen könnte.

(Schluß folgt.)

Die Streiklage.

Berlin, 7. März.

Nachdem gestern der Streik der Eisenbahnarbeiter auch auf Berlin hienieden übergriffen hat, ist auch im Gebiet Preußen eine gewisse Versärfung zu verzeichnen. Dort haben sich die Arbeiter einiger Bahnhöfe dem Streik angeschlossen. In Halle ist die Lage unverändert. Dort stehen drei Dienststellen im Streik. Im Gebiet Ostpreußen ist die Güterabfertigung Gera. In Saalfeld ist die Arbeit größtenteils wieder aufgenommen worden. Im Bezirk Breslau ist der Streikbeschluss bis Montag ausgesetzt worden, bis ein Ergebnis der in Berlin geführten Verhandlungen vorliegt. Taggen sind in Götting und in Schlauroth die Arbeiter der Güterabfertigungen in den Streik getreten. Auch sonst sind im Bezirk Breslau einzelne Teilstreiks im Bahnbetrieb festzustellen. Im Westen wird überhaupt nicht gestreikt. Die Bezirke Köln, Essen und Elberfeld verhalten sich abwartend. Auch Frankfurt hat den Streikbeschluss ausgesetzt.

Eine Kundgebung der westfälischen Eisenbahner.

Dortmund, 7. März.

Der Deutsche Eisenbahner-Verband, Bezirksleitung Essen a. d. Ruhr, und die Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamter, Bezirksleitung Essen, veröffentlicht eine Erklärung, in der es heißt:

Am Freitag fand in Essen eine Bezirkskonferenz der verantwortlichen Vertreter des Deutschen Eisenbahner-Verbandes und der Reichsgewerkschaft im Bezirk Essen statt. Einmütig kam in den Vorlesungen der Krisisgruppenvertreter zum Ausdruck, daß die seit Anfang der Eisenbahnkrise im Eisenbahndirektionsbezirk Essen durchgeführte Personal- und Lohnpolitik der Deutschen Reichsbahn-Verwaltung bei den Eisenbahnern einen Zustand geschaffen habe, der täglich zu den schwersten Erschütterungen im Eisenbahnbetrieb führen kann. Die drohende Abkehrung der von den Eisenbahnerorganisationen geforderte Verstärkung der Arbeitszeit und die Abkehrung der Lohnverteilung haben bei den Eisenbahnern das Gefühl erweckt, daß sie zu Sklaven des internationalen Kapitals der Reichsbahn-Gesellschaft gemacht werden sollen. Die Vertreter der unterzeichneten Eisenbahnerorganisationen erklären, daß die von ihr für die Abkehrung der Lohn- und Gehaltsverteilung angeführten Gründe keinerlei Berechtigung haben. Bei der Wirtschaft, die sich nach außen hin in einer erschreckenden Stei-

gerung der Unfälle- und Krankeuziffern und in einer immer größeren Betriebsunsicherheit auswirkt, sind die Organisationsvertreter nicht mehr in der Lage, die Verantwortung für die sich daraus ergebenden Folgen innerhalb unseres Wirtschaftslebens zu übernehmen. Die Eisenbahner in ihrer großen Mehrzahl wollen keinen Streik, sie sind aber nicht gewillt, sich von der Reichsbahn als Parasit des deutschen Volkes behandeln zu lassen. Sie werden, wenn die Reichsbahnverwaltung, die für die ganze Entwicklung der Verantwortung trägt, sich nicht in letzter Stunde noch anders einstellt, unter Vernehmung aller gewerkschaftlichen Mittel diesen Anklagen entgegen treten. Die Gewerkschaftsvertreter werden dann geschlossen auf der Seite der Eisenbahner stehen, und dieselben in ihrem Kampfe unterstützen und führen.

Deutscher Reichstag.

Anstatt Verkehrsfragen das Aufwertungsproblem.

Berlin, 7. März.

Am Regierungstisch: Reichsverkehrsminister Dr. Rohne.

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Minuten. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung des Haushaltsplanes, und zwar dem Reichsverkehrsministerium. Abg. Reil (Soz.) beantragte, nicht zuerst das Verkehrsministerium, sondern die Aufwertungsfrage zu behandeln wegen der Dringlichkeit der Angelegenheit. Die Entscheidung mußte heute fallen.

Abg. Reil (Soz.) unterbreitete den Antrag, daß man sonst beschließen müsse, daß in späterer Stunde das Haus beschlußfähig sein werde. Die Regierung habe ihr Verprechen nicht gehalten, eine Vorlage einzubringen, die das ganze Land bewegt. Für den Antrag Reil stimmten die Sozialdemokraten, die Kommunisten und die Demokraten. Da das Präsidium sich über die Mehrheitsverhältnisse nicht einigen kann, muß Auszahlung erfolgen. Der Antrag wird mit 140 gegen 135 Stimmen angenommen. Zur Beratung gestellt wird also der demokratische Antrag, die Reichsgewerkschaft zu ersuchen, den Entwurf eines neuen Aufwertungsgesetzes, der gemäß der von der Reichsgewerkschaft in der Vorlesung am 5. Februar 1925 abgegebenen Erklärung spätestens binnen 3 Wochen vorzulegen sollte, nimmend unverzüglich einer gegebenenfalls Körperschaft zuzuleitenden Verbänden wird damit der Antrag Müller-Franke

(Soz.), die dritte Steuerreformverordnung mit dem 31. März d. J. auszugeben.

Abg. Freier von Richtig (Dem.) betont die Notwendigkeit, in der Aufwertungsfrage endlich einen Beschluß zu fassen, um zu einer Entscheidung zu kommen. Jeder habe die Regierung ihre Aufgabe nicht gelassen. Das Haus verlange vom Reichstag, daß die Parteien ihre Versprechungen halten, die sie im Wahlkampf gegeben hätten. Die Demokraten hätten niemals unerfüllbare Versprechungen gemacht.

Abg. Reil (Soz.) begründet seinen Antrag und teilt mit, daß er eine Wiederholung des früheren deutschen nationalen Antrages (s. Heft 17) dem Wahlkampf der Deutschen nationalen müsse energisch zu Leide gegangen werden. Viele Wähler haben sich durch seine Versprechungen täuschen lassen. Der Reicher verlangt inzwischen Aufhebung der dritten Steuerreformverordnung.

Reichsjustizminister Dr. Preussner gibt die Erklärung ab, daß die Reichsgewerkschaft außerordentlich bedauere, daß sie ihre Aufgabe, das Aufwertungsproblem innerhalb der nächsten Vorlesungen, nicht habe halten können. Die Aufstellung des Entwurfs sei aber mit allem Nachdruck gefordert worden, und im wesentlichen habe es sich gelöst. Bei der ungewöhnlich großen reichspolitischen Bedeutung habe die Regierung sich aber für verpflichtet, den Gegenentwurf so nicht vorzulegen, nachdem sie die Gewerkschaft habe, daß er in seinen Grundlagen eine Mehrheit im Reichstag nicht finde.

Die weitere Debatte verläuft ohne Abstimmungen und besondere Anträge. Der Reichstag wird sich am Montag mit dem Tag der Reichspräsidentenwahl, mit der Stellvertreterwahl, mit den Beilegungskosten beschließen.

Die Reichspräsidentenwahl.

In neuen Namen.

dt. Berlin, 7. März.

Die Frage der Kandidaturen für die Reichspräsidentenwahl, im Zusammenhang mit der Wahl des preussischen Ministerpräsidenten ist auch heute noch wenig geklärt, nachdem gestern die Fraktionen nach der Besetzung des Reichstages bis in die späten Abendstunden Versprechungen abgegeben haben. Nach dem Scheitern der Verhandlungen, die Ministerpräsident Marx mit den Deutschen nationalen und der Deutschen Volkspartei geführt hat, wurde von Seiten der Linken, wie bereits gemeldet, angekündigt, daß man am nächsten Dienstag Dr. Marx erneut als Kandidaten des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten aufstellen wird. Das ist also eine Wiederholung des Versuches, der Marx bereits einmal mißglückt ist. Wie sich die Dinge in Preußen weiter entwickeln werden, hängt vornehmlich von der Frage ab, wie sich die Aufstellung der Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl vollziehen wird. Die Lösung dürfte unter dem Gesichtspunkt erfolgen, daß ein reibungsloses Zusammenarbeiten zwischen der Reichsgewerkschaft und der preussischen Regierung erzielt werden soll. Jedemfalls befürworten starke Zentrumskreise den Anschluß an die übrigen bürgerlichen Parteien. Die Verhandlungen nehmen vorläufig nach ihrem Fortgang. Als Kandidaten werden in erster Linie Dr. Jares, Stegerwald, Dr. Geßler, Scholz und Herr v. Geil genannt. Es läßt sich mit Genugtuung feststellen, daß sich die Verhandlungen bis jetzt ohne Reibung auswirken haben, so daß daher anzunehmen ist, daß man möglichst bald zu einer Einigung über die Personfrage gelangt.

Commerzproffenbildung im März.

Belebt bei Jähren Reueung zur Commerzproffenbildung, so müssen die Jähren eines Teilweises dagegen tun. Die reuen Jähren, in der Vorlesung weises Kausal-Sachs, 30 Gramm, zu fassen, um nach der leigigen Anwesenheit, mit der Veranbaltung der leigigen Zellen zu beginnen. Säger erbaulich: Hirsch-Apothete, Katt-Apothete.

Die Insel des Robinson.

Erinnerung an die Märstage vor 10 Jahren.

Von

Kapitänleutnant Otto Schent, ehemals Signaloffizier auf S. M. S. „Dresden“.

Robinson! — Der Held unserer Kinderzeit, dessen Schicksal wir mit glühenden Wangen lesen, den Kopf erfüllt von den Taten dieses seltsamen Abenteuerers und den bunten Bildern der sagenhaften Insel!

Viele wissen, daß die im Stillen Ozean gelegene Inselgruppe von Juan Fernandez dem Engländer, Seefahrer für mehrere Jahre die Stätte unfreiwilliger Verbannung gewesen ist, aber wenigen nur ist bekannt, daß auch Angehörige unseres Volkes in jüngerer Zeit ein ähnliches Schicksal über sich ergehen lassen mußten: 300 deutsche Seeleute haben im großen Kriege als Schiffbrüchige, als Robinsons, nachdem sie ihr Schiff, S. M. S. „Dresden“, der gütigen Hand englischer Verfolger entzogen, auf den Grund des Stillen Ozeans versenkt hatten, am Gestade des geheimnisvollen Insellandes der Verurteilung geharrt.

Im Schimmer der Morgentrübhe des 9. März 1915 stieß ein spanisches, graues Schiff in die Gumbelandsbay von „Mas a Tierra“ ein, S. M. S. „Dresden“. Schon von weitem konnte man dem Schiff ansehen, daß es eine lange, sehr lange Reise hinter sich hatte: Die Farbe war unaussprechlich und verworren, an vielen Stellen der Bordwand leuchtete roter Rot; hoch lag der Kreuzer aus dem Wasser: Kohlen, Proviant und Munition mußten demnach völlig verbraucht sein.

Dem Verhängnis von Galland entronnen, hatte S. M. S. „Dresden“, der letzte Kreuzer des Grafen Spee, dem seegeologischen Aktion noch drei volle Monate dank der genialen Führung durch den Kommandanten Jarauf zufliegen, den englischen Handel im Pazifik lahmliegen und zahlreiche feindliche Seestreitkräfte binden können. Immer wieder war es gelüftet, den Gegner zu täuschen, mit Hilfe treuer, vaterlandbegeisterter Auslandsdeutschen Kohlen, Proviant und Material heranzubekommen und durch verwegene Vorstöße gegen die Handelsstraßen Englands die Nervosität und Unsicherheit auf feindlicher Seite zu steigern.

Endlich glückte es der Meute jählicher Verfolger doch, das letzte Bild zu fassen und zu beschlagen: Am 8. März 1915 wurde das „Wespenkreuzer“ der Westküste, der Alp britischer Konkreten, von dem englischen Panzerkreuzer „Kent“ gestellt.

Nach einmal gelang es, nach wilder Jagd den übermächtigen Verfolger abzuschütteln, aber als das schlagende Dunkel der Nacht den deutschen Kreuzer der Sicht des Feindes entzog, war der Kohlenvorrat so zusammen geschmolzen, daß an ein Erreichen der chilenischen Küstengewässer nicht mehr gedacht werden konnte. Es blieb nur noch die Inselgruppe von Juan Fernandez, auf deren östlichen Teile, „Mas a Tierra“, der Engländer Seefahrt als Robinson 4 Jahre unfreiwilliger Verbannung verbracht hat.

In strahlender Schönheit lag die Inselinsel vor den bewundernden Blicken der deutschen Seeleute, aber keiner von ihnen vermochte sich an dem bezaubernden Bilde so recht von Sorgen zu freuen, wußte doch jeder, daß die Ankerfahrt für die „Dresden“ nimmermehr ihr Ende erreicht hatte und tatenslose, nerngerzerrtete Internierung die weitere unausweichliche Folge sein würde.

Kaum war der Anker in Grund, da erschien auch schon der chilenische Präsekt an Bord und forderte, auf internationale Abmachungen hin, den Kommandanten auf, innerhalb 24 Stunden den Hafen zu verlassen, andernfalls er das Schiff internieren müsse. Wohl hoffte man auf deutscher Seite durch Verhandlungen Zeit zu gewinnen, in der Annahme, daß es einem deutschen Dampfer doch noch gelingen würde, mit dem nötigen Material zur „Dresden“ zu folgen, aber auch diese Hoffnung schwand nur zu bald. Es blieb also nur noch: Internierung in Chile.

Die Befragung aber gab sich innerlich mit dieser an sich unabänderlichen Tatsache nicht zufrieden, richtete vielmehr ihren Blick nach Osten, der Heimat zu, durchdrungen von hoffnungsvoller Unsicherheit, so bald als möglich den bewährlichen Weg nach Europa flüchtigen Fußes zu wagen, nach dem Gelingen in die Reihen der in der Nordsee kämpfenden Kameraden zu treten und die toten Kameraden von Galland zu rächen!

So glaubte die brave Befragung ihren ferneren Weg klar gezeichnet vor sich liegen zu sehen: sie wußte nicht und konnte nicht wissen, daß ihr das Schicksal noch bevorstand.

Am Morgen des 14. März erschienen plötzlich drei englische Kreuzer vor der Insel und näherten sich langsam dem Hafen, scheinbar in der Absicht, die Einfahrt zu bewachen und ein Entweichen der „Dresden“, der sie nach den Erfahrungen der vergangenen Monate die kühnsten Streiche zutrauen mußten, zu verhindern.

Der chilenische Präsekt fuhr den Engländern in einem mit der Landeshohe versehenen Boot entgegen, ihnen zu melden, daß der deutsche Kreuzer interniert sei und unter chilenischer Schutze stünde. Der gute Mann kam nicht weit:

Die chilenische Neutralität bewußt michtend, eröffneten die Briten von allen drei Schiffen ein vernichtendes Feuer auf die wehrlose „Dresden“. Der Vertreter des neutralen Landes aber warnte, zu Tode erschossen, schenkte sein Boot und flüchtete unter Land!

Und auf dem deutschen Kreuzer? Noch einmal leuchteten deutsche Mannesmut und Standhaftigkeit in hellem Lichte: Aus dem jählich besetzten Gefahren zuckten jähliche Wille. Aber es war ein nutzloses Beginnen: In wenigen Minuten hatten die feindlichen Salven das Schiff in einen rauchenden Trümmerhaufen verwandelt, jede Möglichkeit einer weiteren wirkungsvollen Gegenwehr unterbunden.

In unverminderter Heftigkeit taute das feindliche Feuer über die „Dresden“ hin, hoffte der Engländer doch, den deutschen Mannesmut in Kürze zu brechen, und das Schiff als feindliche Beute heimzuführen. Aber er wurde um seine sichere Beute betrogen: Eine gewaltige Feuerfäule stieg auf dem Vorderschiff empor, und langsam lag nach Steuerbord überlegend, ging der letzte Kreuzer des Grafen Spee mit wachsenden Flammen um 11.35 Uhr vormittags unter, von der eigenen Befragung gesprengt.

Am nächsten Tage begruben die „Dresden“-Leute ihre Toten am Ufer der Robinson-Insel, wählten die Gebeide von den nahen Höfen und stürzten sie zu einem einbreitenden Grabmal.

Drei Tage noch mußten die Schiffbrüchigen auf der Insel ausharren, ehe die Stunde der Befreiung aus der Robinson-Einsamkeit schlug. Am 17. 3. erschienen zwei chilenische Kreuzer, nahmen die Befragung der „Dresden“ an Bord, und brachten sie an die chilenische Küste — in die Internierung.

Ein bis zwei Jahre gingen ins Land, da stieß ein Tages das Gerücht die Westküste entlang: „Die Dresden-Befragung bricht aus.“ Kleinere und größere Trupps entwichen aus dem Lager und jagen, ihrer Soldatenpflicht eingedenk, dem deutschen Heimatland zu. Wohl war die Korbliste hoch, zerstückelt und unwegsam, die argentinische Pampa schied endlos und von der Tropenzone durchflutet, aber sie zwangen es doch, und viele errichteten das Ziel, stellten sich in die vorherigen Reihen und suchten erneut gegen Teufelskinder.

Die Robinson-Insel aber birgt nicht mehr ein und offen das Geheimnis eines Seefahrers, sondern ist mit dem März 1915 zum letzten Mal in der Geschichte der Submersen unter Auslandskreuzergründung, zum unvergesslichen Denkmals pflichter neuer deutscher Seeleute geworden.

Für die Weisungswahl zum Gewerbe-
gericht sind folgende Vorschlagslisten ein-
gegangen:

- ### Bekanntmachung.

[illegible]

Am Austrage werde ich am
Dienstag, dem 10. März 1925,
nachmittags pünktlich 2 Uhr ansetzend,
in und bei der Wirtschaft des Gastwirts
Herrn Tankeu am St. Annenort,
das folgende erste Inventar neu erfaßt:

Öffentlich meistbietend gegen biermonatliche
Zahlungsdrist verkaufen, insbesondere:

- [illegible]

sehen Sie im

Modesalon
Else Gattermann
Oldenburg i. O.

Betten!

Garantiert federdicht, mit nur doppelt gereinigten Federn gefüllt.

Blatt Nr. 1 1 ^{te} /schäftig Todtebt. . . 29.00 Unerbebt. . . 21.00 1 Riffen . . 6.10 Sum. 56.00		Blatt Nr. 2 2te/schäftig Todtebt. . . 36.00 Unerbebt. . . 35.10 2 Riffen . . 12.76 Sum. 74.15	
Blatt Nr. 3 1 ^{te} /schäftig Todtebt. . . 35.50 Unerbebt. . . 24.00 1 Riffen . . 1.55 Sum. 65.55		Blatt Nr. 4 2te/schäftig Todtebt. . . 42.00 Unerbebt. . . 37.00 2 Riffen . . 13.00 Sum. 86.00	
Blatt Nr. 5 1 ^{te} /schäftig Todtebt. . . 43.00 Unerbebt. . . 29.00 1 Riffen . . 13.25 Sum. 98.25		Blatt Nr. 6 2te/schäftig Todtebt. . . 55.00 Unerbebt. . . 55.50 2 Riffen . . 15.76 Sum. 132.25	
Blatt Nr. 7 1 ^{te} /schäftig Todtebt. . . 55.00 Unerbebt. . . 35.75 1 Riffen . . 15.85 Sum. 122.00		Blatt Nr. 8 2te/schäftig Todtebt. . . 71.00 Unerbebt. . . 71.00 2 Riffen . . 19.50 Sum. 167.00	

J. S. Brummund, Lange Str. 42.
Inh.: Karl Möring.

Wegen Umstellung des Betriebes von Montag ab:

10—20% Ermäßigung
auf sämtliche

Bücher, Mappenwerke und Bilder.

Günstige Gelegenheit für
Oster- und Konfirmationsgeschenke.

schönen Landstelle.

Naborn. Landwirt Deurr. Stoffe in Naborn beabsichtigt, seine das. sehr schön am Wald und 3 Strakenkreuzungen. 5 Minuten vom Bahnhof belegene

Landstelle.

holsiebend aus guten, massiven und modern
einzigartigen (250 Kubikmeter ufm.) sowie
7% Bestraf belegen, etwa reichen, direkt an
Daule desigen Adet- und Weideldene-
reien, mit beliedigern, eben, isern An-
tritt zu verkaufen. Die Bestände elner sich
auf zur Aufstellung von Bauplänen, sowie
zur Ansehung einer Gärtnerin. Gebäude
sowie Zandereien befinden sich in denbar
bestem Aufande.

Ferner soll die neben dieser Landstelle
belagene

Privatbesitzung

bestehend aus guten geräumigen Gebäuden und ca. ¼ Desiar Gartenland verkauft werden. Die Besitzung eignet sich der vorzüglichen Lage wegen als Residenz, aber auch als Gasthause.

Öffentl. Verkaufstermin steht an auf
Freitag, den 13. März d. J.
nachmittags 4 Uhr.

Möbel!

Am Auftrage freihändig zu verkaufen
Kleiderstände, Ver-
tices, Verticellen, Fi-
sche, Stühle, Spie-
gel mit und ohne
Konsolen

Labentrosen, Kaufleibhaber labet freunbl. ein
Fresen, Wille, Affen D. G. Dietz, amst. Lust. Radort.

Zwangsversteigerung

Zwangsversteigerung

Rüchenherde, Am Mittwoch, dem 11. März 1923, nach
Waltsche, Pant, 2 mittags 3 Uhr, gelangen öffentlich meist-
Zettel (Beddia), bietend gegen Barzahlung zum Verkauf:

Wohnzimm. 175 M.	1	Büfett,
Esszimmer. 300 M.	1	Tisch,
Musikraum. 150 M.	4	Stühle,
Hoh. Laven. Aufst.	1	Schreibstisch,
Nadorfer Straße 60.	1	Schreibstischstapel.

Su verkaufen ein
Acker-
federmessen

Leberwägen
und ein schwer. 9½-
terwägen, auch 1. Z.
gären einen leichten.
Daselbst ein

Schafbock In Kostümmstoffen und
zu verkaufen. Mantelstoffen
G. Brouwer,
Schmiedestraße 10.

unterhalte ich großes Lager, wie
Gardarine, Fild, Hammarn, Che-
viots und Die Preise sind
 niedrig gehalten.

B. Hinrichs, Buchhandlg
Mittstr. 15.

Einige Restposten

- | | |
|-------------------------------|--------------|
| Herrenanzüge | von 15.80 an |
| Herren-Paletots | von 12.50 an |
| Konfirmanden-Anzüge | von 8.75 an |
| Knabenanzüge | von 7.75 an |
| Damenmäntel | von 4.75 an |
| Mädchenmäntel | von 2.75 an |

F. Ohmstedt

Oldenburg i. D.

Adternstr. 32 (Am Markt)

Rupp und Roll und „Lebewohl“



Rupp und Roll sind Junggesellen
Zwei Genießer — daher rund,
Und bezüglich ihrer Füße
Hält sie „Lebewohl“ gesund.

Gemeint ist natürlich das berühmte: von vielen Aerzten empfohlene **Höhrerugen-Lebewohl** für die Zehen und **Lebwohl** aufschreiben für die Fußsohle. Bleichdose 8 Plaster 75 Pfg. erhältlich in Apotheken und Drogerien.

Die Förderung des Wohnungs-Neubaus durch die Errichtung einer Spargenossenschaft.

Mit der Frage der Gründung einer Spargenossenschaft zum Zwecke der Förderung des Wohnungs-Neubaus hat sich der Mieterverein in seinen Versammlungen wiederholt beschäftigt. Die grundsätzliche Frage, ob auch ein Mieterverein sich mit hausgenossenschaftlichen Fragen zweckmäßig beschäftigen soll, ist ohne weiteres schon deshalb zu bejahen, weil nur durch Schaffung von neuen Wohnungen eine Besserung der augenblicklichen Wohnungsnotlage herbeigeführt werden kann. Als Vorbild für eine Rotgenossenschaft zur Förderung des Wohnungsbaues wurde in den Zeitungen verschiedene Nachrichten der Rotgenossenschaft der Stadt Lüneburg beigegeben. Zwei Herren, die an Ort und Stelle Grundfragen einzuholen, stellten fest, daß die Rotgenossenschaft Lüneburg eine Spargenossenschaft ist, deren Mitglieder sich verpflichtet haben, ihre ersparten Gelder zu einem Zinssatz von 4 bis 5 Prozent für den Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen. Die Stadt Lüneburg hat sich ihrerseits verpflichtet, zu jedem Betrage den die Rotgenossenschaft aufbringt und zu Wohnungsbauverwendungen 50 Prozent aufzubringen. Weiter kommt die Stadtverwaltung den Baukosten infolgedessen außerordentlich entgegen, indem sie weite Flächen in Erbpaß zu einem ganz mäßigen Zinssatz, der erst nach einigen Jahren gezahlt werden braucht, zur Verfügung stellt. Der Vorstand des Mietervereins glaubte aus verschiedenen Gründen die Einrichtung und Handhabung der Lüneburger Rotgenossenschaft nicht ohne weiteres auf die Stadt Oldenburg übertragen zu können, schon deshalb, weil die Rotgenossenschaft den Selbstkauf der Mietwohnungen vornimmt und auch die Selbsthilfe der Baukosten bei Wohnungsbauverwendungen voraussetzt.

Nach längeren Verhandlungen mit mehreren hiesigen Stellen ist der Mieterverein wegen der Förderung von Neubauten mit der Gemeinnützigen Siedlungs-Gesellschaft der Stadt Oldenburg in Verbindung getreten. Diese Gesellschaft, die infolge ihres Eigentums von 200 Siedlungsbauern einen bedeutenden Gegenwert für größere Leistungen bieten kann, hält es für möglich, einem Kaufmann bei einer Ansammlung von 1000 M. ein Haus stellen zu können. Dies Haus würde einen Gesamtwert von 8000 M. haben. Die restlichen 7000 M. würden mit 6 bis 7 Prozent zu verzinsen sein. Die Gemeinnützige Siedlungs-Gesellschaft geht von der Voraussetzung aus, daß sie dieses Geld durch Staatszuschüsse und Hypotheken beschaffen kann, um so den Hausbau zu sichern. Das zu dem Haus erforderliche Grundstück soll von der Gemeinnützigen Siedlungs-Gesellschaft gegen eine mäßige Verzinsung vom zweiten oder dritten Jahre des Bestandes an in Erbpaß gegeben werden.

Zum Zwecke der Ausbringung von Spargeldern zum Wohnungsbau wurde bekanntlich schon seit längerer Zeit im Mieterverein beabsichtigt, eine Spargenossenschaft in unserer Stadt ins Leben zu rufen. Die Mitglieder dieser Genossenschaft müssen sich verpflichten, eine bestimmte Zeit lang, voraussichtlich mehrere Jahre, wöchentlich oder monatlich einen bestimmten Betrag zu sparen, und diesen

dem Konto der Spargenossenschaft zu überweisen. Soweit ein Betrag von 1000 M. durch die ersparten Gelder zusammengebracht ist, würde der Spargenossenschaft von der Siedlungsgesellschaft unter den obigen Bedingungen ein Haus zur Verfügung gestellt werden. Die Genossenschaft müsse dann ihrerseits nach bestimmten Grundbüssen dieses Haus einem Sparer zuweisen. Da der Vorstand des Mietervereins weiß, daß die Ausbringung von Spargeldern unter den derzeitigen Verhältnissen nicht geringe Schwierigkeiten bietet, wurde einer kürzlich stattgefundenen Mieterversammlung der Plan vorgelegt. Nach längerer Aussprache erklärten sich, mit ganz geringen Ausnahmen, fast sämtliche anwesenden Versammlungsbesucher bereit, der Spargenossenschaft beizutreten und so zur Förderung der Bautätigkeit beizutragen. Die durchschnittliche Sparveranmeldung, die zunächst unverbindlich schriftlich abgegeben wurde, betrug pro Mitglied 5 M. Wenn man unter Zugrundelegung des Satzes von monatlich 5 M. annimmt, daß sich zunächst nur 200 Mitglieder an der Spareinrichtung beteiligen würden, so ergibt das eine Gesamtsumme von 1000 M. Es würde damit einem Mitgliede ein Haus zur Verfügung gestellt und in der Regel durch den Umzug eine weitere Wohnung frei werden. Um zum Sparen noch mehr anzuregen, beabsichtigt die Siedlungsgesellschaft jedes 50. Haus unter denjenigen Sparern zu verlosen, die bereits 500 M. eingezahlt haben.

Es wird abzuwarten sein, ob sich unter der großen Mitgliederzahl des Mietervereins eine verhältnismäßig große Anzahl von Personen findet, die bereit sind, sich an einer derartigen Einrichtung zu beteiligen. Einzelheiten stehen natürlich noch nicht fest. Um eine Übersicht über die zu erwartende Beteiligung zu haben, nimmt der Mieterverein in der Geschäftsstelle der Begrüßungsstraße (Hochhauser-Straße) unverbindliche Anmeldungen zu der Spargenossenschaft schriftlich entgegen. Außer der Anmeldung muß neben Name und Wohnung des Anmeldenden auch der Betrag angegeben sein, mit dem derselbe wöchentlich oder monatlich sich am Sparen zu beteiligen beabsichtigt.

Handel und Industrie.

Tabaksteuer. Die Tabak-Versteigerungssteuer erbrachte im 3. Quartal 1924 154 Mill. M. Davon entfielen auf Zigaretten 45 Mill., auf Zigaretten 96½ Mill., auf Rauchtabak 114 Mill. M.

Kaufa-Flund-Werke Barel. Ueber den Geschäftsgang wird mitgeteilt, daß in den ersten 4 Monaten 1924 der Auftragsbezug betrübend war, was eine Verzögerung der Produktion zur Folge hatte, während in letzter Zeit die ungünstigen Verhältnisse am 1. März einen erheblichen Rückgang des Umsatzes bewirkten, der einige Betriebsbeschränkungen erforderlich machte.

Brater Heringsfischerei, Brate. Die Aktien sind jetzt zur Abkempfung einzuziehen.

Erhöhung der Tabaksteuer. Wieder einmal soll der Tabak mit einer neuen Steuer belastet werden. Diefelbe be-

deutet eine schwere Belastung des Gewerbes. Sicher wird ein heftiger Kampf um die Vorlage entstehen, aber das Endergebnis wird ihre Annahme sein. Am schwersten hat die Zigarette unter der neuen Last zu leiden; da 40 Prozent Tabaksteuer, der Rest, die Umsatzsteuer auf die Ware und auf die Tabaksteuer, zusammen etwa 125 Prozent des Betrages ausmachen, den der Hersteller vereinnahmt. Kein Gegenstand ist so hoch besteuert, wie die Tabakwaren. In den Kreisen der Tabakindustrie herrscht denn auch eine große Erregung, da mit einem starken Ansumm d. g. g. zu rechnen ist. Dieses würde den erhofften Mehretrag an Steuer wieder illusorisch machen. Die Tabakindustrie ist denn auch abgesehen von der Ansicht, daß die Regierung umgekehrt durch eine Ermäßigung der Steuer erf. g. und die dadurch hervorgerufene Steigerung des Konsums ebenso gut abgegriffen hätte.

Stimmen aus dem Leserkreise.

Der Inhalt des Berichtes über die Gründung der Rotgenossenschaft hat eine Veranlassung, zu dieser sehr schönen Zusammenfassung und Zusammenfassung werden nicht geübt. Außerdem erfolgt nur, wenn die Rotgenossenschaft in der Richtung eines dergleichen werden nicht entgegen.

An die Elternschaft der Töchterschule.

Zu Eltern soll die Töchterschule bekanntlich geteilt werden, und der Schatz wird daher sehr bald für die neue Schule einen Leiter oder eine Leiterin zu wählen haben. Bei der Wahl sind wir Eltern der jetzigen und künftigen Schülerinnen der neuen Schule natürlich sehr interessiert; denn wir wünschen doch gewiß alle, daß die Anzahl unter einer tüchtigen, erfahrenen Leitung kommt. Es ist darum dringend notwendig, daß eine Elternversammlung einberufen wird, die sich zunächst mit der Frage beschäftigt, ob eine männliche oder weibliche Leitung dem Zwecke der Eltern entspricht. Sodann könnten vielleicht aus der Versammlung heraus Damen oder Herren bezeichnet werden, die sich nach Meinung der Eltern wohl für eine leitende Stelle eignen. Wir Eltern wünschen doch vor allem im Interesse unserer Kinder, daß an die Spitze der neuen Schule eine Persönlichkeit kommt, deren ganzer Charakter ein geistliches Aufmunterndes mit der Elternschaft und der Lehrerschaft verbürgt. Darum sollte nur ein ruhiger, besonnener und erfahrener Lehrer, der mit unseren Schulverhältnissen gut vertraut ist, auf den leitenden Posten berufen werden. (Natürlich könnte es auch eine Dame sein.) Es empfiehlt sich, zu der Versammlung einen Vertreter des Magistrats einzuladen, damit dieser die Wünsche der Eltern erklärt; dagegen würde es aber richtiger sein, die Lehrerschaft der Töchterschule nicht zu haben, damit man sich ganz unbefangenen ausdrücken kann. Leider kann ich aus gesundheitlichen Gründen die Versammlung nicht einberufen; ich bitte aber dringend, daß dies von anderer Seite geschieht. Aber Güte tut not! G. S.

Mehrere Besucher

der Versammlung im „Jägerhof“ erschienen Herrn Zwoboda, seinen interessanten Vortrag zu wiederholen.

Mehrere Besucher.

Dorfrühling am Theaterplatz
Die Neuheiten sind eingetroffen
*** Innendekoration ***
Stallmann & Harder * Bremen

Zu verkauf. frischabgekalbte
allerbeste ig. Milchkuh
Vogel, Bürgerstraße 86.

Im Schaufenster ausgestellt:
Herrenzimmer
J. D. Freese, Mühlenstr. 34.

Kaufe aut erhalt.
Vishlerwagen.
Heint. Petrus.
Bau- und Möbelfacherei, Poststraße 36.

Pianos
J. Kunst
Wallgraben 2.
Zu kaufen gesucht ein in gutem Zust. befindliches. Ende März d. J. frei werdendes
1-Familienhaus
8 bis 10 Räume enthaltend, mögl. mit großem Garten. Ankauf ca. 10.000 M. Angebote unter Z 849 an die Geschäftsstelle dieses Blattes

F. A. Eckhardt
Oldenburg
Schloßplatz 11. Heiligengeiststr. 8.
Fernsprecher 421.
Chem Reinigung
von Herrschaften

Ziegenzuchtvereine
die für
Versicherung von Ziegen
Interesse haben, wollen Adressen abgeben unter U. 888 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Union-Briketts
wieder vorrätig.
Otto Stredthoff, Olmstedt.
Dernum 1300.

Buntglas-Papier
als Ersatz für
Gardinen.
Fr. Spanhake,
Farbenhdlg.,
Lange Straße 48
beim Rathaus.

Klaren
1.00 M.
Weinbrand
(Verkonin) 2.40 M.
W. Mönning,
Magenbergstr. 38.

Gardinen in allen Breiten, schöne Muster,
von 60 Pfg. an
Gardinen, abgepaßt, 3teilig, Fach v. 7.50 an
Madras-Garnituren, herrliche Farben,
von 13.50 an
Blenden, Tüll u. Glamin, von 50 Pfg. an
Tüllbettdecken, 2teilig, schöne Muster,
von 11.50 an

Rouleaux-Körper
von 1.40 an

malstore-Meyerware
für extra breite
Fenster

Gardinen-Hessel
gestreift,
von 0.95 an.

Brandt & Grashorn * Oldenburg
Lange Straße 6.

Verkaufen Sie ein altes Markenrad.
Barlopp, Bremen, Wanders
 so fordern Sie Preise von
Herrmann Schütte, Fahrradfabrik
 Ellsaberstraße 6, Seitenmünster.
 Sämtliche Reparaturen Hermann
 Schütte und Verfertigung
 zu äusserst Billigen

